

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847**

21 (13.3.1847)



Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Januar bis 30. Juni 1847 im Umfang des Großherzogthums 1 fl. 24 fr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

# Die Rundschau.

N<sup>o</sup> 21.

Karlsruhe, Samstag den 13. März

1847.

Herausgegeben von Karl Rathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 fr. für den Raum der dreißaltigen Zeitspalt berechnet.

Carlruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

## Briefe.

Mannheim, 10. März. Der Plan zur Herausgabe einer größeren Zeitung in Heidelberg ist sicherem Vernehmen nach so weit gediehen, daß ihr Erscheinen spätestens mit dem 1. Juli zuverlässig zu erwarten ist. Die Zahl und das Gewicht der geistigen Kräfte, welche sich auf die Grundlage der in dem Prospect bezeichneten Richtung zur Mitwirkung bereit erklärt und vereinigt haben, ist so bedeutend, daß schwerlich ein ähnliches Unternehmen unter günstigeren Ausichten in das Leben trat; die Angelegenheiten der Nation, die Fragen der Zeit dürfen in dieser Zeitung ein würdiges Organ erwarten, das sich durch keinerlei Rücksichten wird abhalten lassen, die volle Wahrheit zu sagen, und die Forderungen des Rechts zu begründen. Wir beweisen nicht, daß die Besorgnisse schwinden werden, die hier und da geäußert wurden, als ob zu viel Gelehrsamkeit ausgebracht, oder zu wenig Entschiedenheit gezeigt werden würde. Dagegen wird die Zeitung den Beifall Jener nicht anstreben können, die an dem Anstand — Anstand nehmen und Kenntnisse und Bildung von der Theilnahme an der Tagespresse ausschließen möchten. — Nicht geringes Aufsehen macht die Nachricht, daß Dr. Hecker seine Stelle als Abgeordneter niedergelegt hat. Sein genialer, mit umfassenden Kenntnissen ausgerüsteter Geist, seine ungewöhnliche Rednergabe, hatten ihm bald nach seinem Eintritte in die Kammer einen Ehrenplatz in den Reihen der Opposition, und seinem Wirken für die Volkssache allgemeine Anerkennung verschafft. Sein Austritt mußte seine Freunde um so schmerzlicher überraschen, je unvermutheter er kam, ohne daß hinreichende Gründe dafür bekannt wären. Nicht gering ist die Freude der Gegner, denen Hecker im Angriff wie in der Vertheidigung so weit überlegen war. Wir hoffen noch immer, daß vor den nächsten Wahlen die Gründe, welche ihn zu diesem Schritte gerade jetzt bestimmt haben mögen, beseitigt sein werden. Jedenfalls aber wünschten wir, daß keines der übrigen Mitglieder der Opposition sich zur Nachahmung verleiten lassen, sondern daß Jeder auf dem Posten, auf den ihn das Vertrauen der Wähler berufen hat, bleiben und sich durch keine Unannehmlichkeit bestimmen lassen werde, denselben zu verlassen, so lange ihn das Vertrauen des Volkes nicht verläßt. Handelte es sich um persönliches Behagen, so möchte wohl mancher von denjenigen Abgeordneten, die in der Kammer keine Vortheile zu suchen haben, vorziehen, zu Hause zu bleiben; allein es handelt sich um die Erfüllung einer hohen Pflicht, dort, wo es gilt, der Stimme des Volkes bei den öffentlichen Angelegenheiten Geltung zu verschaffen, nach Kräften und nach Ueberzeugung das Gute zu fördern, das Schlechte abzuwehren. Hier ist es nöthig, auszuhalten

und persönliche Rücksichten der allgemeinen Sache unterzuordnen. Nach diesem Grundsatz hat die badische Opposition bisher gehandelt und sie wird demselben hoffentlich treu bleiben; daß das Aufgeben des Kampfes keine Rosen bringt, hat das Beispiel der württembergischen Kammer nach dem Austritt der Opposition bewiesen.

Mannheim, 8. März. Seit der Wiedereröffnung der Schifffahrt sieht es auf dem Getreidemarkt wild aus; die holländischen Preise stehen so hoch, daß sie kaum mehr hinter jenen von 1817 zurückbleiben; die Hauptkäufer dort, wie in Hamburg und den Ostseehäfen sind die Franzosen und es sind schon bedeutende für englische Rechnung gekaufte Vorräthe an Franzosen wieder verkauft worden, weil die englischen Käufer dabei bessere Rechnung finden, als auf dem heimischen Markt, der weit nicht der theuerste in Europa ist. Die Vorräthe, welche sich jetzt allmählig rheinaufwärts bewegen, sind noch vor der enormen Theuerung in Holland gekauft; jetzt ist dorthin nichts mehr zu beziehen, es müßten denn bei uns die Preise noch bedeutend steigen. Merkwürdig ist, daß seit Erhöhung des Ausgangszolls nicht nur das Transit-Getreide, sondern auch das inländische in die Höhe gegangen ist, während die Maßregel das Gegentheil bewirken sollte. Die Preise steigen hier nicht nur von Tag zu Tag, sondern oft mehrmals an einem Tage, wozu auch der Umstand beiträgt, daß die Nachfrage der Käufer, seit Zufuhren anlangen, stärker zugenommen hat, als das Angebot; auch aus der Schweiz erscheinen die Käufer am Rhein. — Dem Vorschlage eines hiesigen Blattes, durch ein Gesetz der Theilbarkeit der Güter Schranken zu setzen, größtenteils untheilbare Bauerngüter herzustellen und nur einen kleinern Theil dem freien Verkehre zu überlassen, könnten wir nicht beitreten. Es ist richtig, daß die zu weit gehende Zerstückelung des Grundbesitzes Nachtheile hat, eben so wie das Zusammenhalten zu großer Güter der Vermehrung der landwirthschaftlichen Erzeugnisse ungünstig ist; allein die Einmischung der Gesetzgebung gibt weniger Sicherheit für die Herstellung eines richtigen Verhältnisses, als der freie Verkehr selbst. Wo geschlossene Güter von der Natur angezeigt sind, in weniger fruchtbaren oder von den Märkten weit entlegenen Gegenden, da bestehen sie auch; dagegen wäre es verkehrt, sie zwangsweise da einführen zu wollen, wo — z. B. in der Nähe großer Städte — der gartenmäßige Anbau eines kleinern Grundstücks eine Familie ernährt, oder wo neben dem Fabrikbetriebe die Arbeiter ein Stück Feld bauen. Wir glauben auch nicht — und die Statistik würde es nachweisen — daß zu weit gehende Zerstückelung des Grundbesitzes bei uns in großer Ausdehnung vorkommt; dagegen sehen wir jährlich große Gütermassen durch Verwendung der Ablösungskapitalien in die todte Hand



oder in die Hände großer Grundbesitzer übergehen und dadurch die Bodenpreise auf eine künstliche Höhe gehoben, die dem Landwirth nicht mehr erreichbar ist. Wenn man den großen Betrieb bei der Landwirthschaft feststellen will, so müßte man ihn folgerichtig auch auf die Gewerbe, den Handel, das Transportwesen und andere Zweige der volkswirthschaftlichen Thätigkeit anwenden. Auch hier sehen wir den kleineren Unternehmer unter der Uebermacht des mit Kapital unterstützten großen Betriebes leiden, und müßten daher, wie bei der Landwirthschaft eine kleine Anzahl von Gutbesitzern mit vielen Knechten und Mägden, so in anderen Zweigen, eine kleine Anzahl größerer Unternehmer mit vielen Lohnarbeitern als einen günstigen Zustand ansehen. Wir sind nicht der Meinung, daß ein Zurückführen früherer dauerlicher Verhältnisse durch gesetzlichen Zwang das rechte Mittel wäre, dem Boden den größern Bedarf an Nahrungsmitteln zu entlocken, sondern halten es für besser, wenn für vielseitige Entwicklung der Nationalarbeit gesorgt und wenn das Zusammenwirken vereinigter Kräfte — die Association — in allen Zweigen derselben Eingang findet, um dadurch eine günstigere Vertheilung der Früchte der wirthschaftlichen Thätigkeit herbeizuführen.

Freiburg, 10. März. Bei der letzten Ergänzungswahl des großen Ausschusses war bekanntlich die Mehrheit in der höchst- und in der mittelbesteuerten Klasse auf der Seite der Liberalen; in der niederstbesteuerten allein fiel die Mehrheit, aber nur mit wenigen Stimmen, auf die andere Seite. Als hierauf mehrere Bürger die Wahlacten einsehen wollten, wurden ihnen die Stimmzettel nicht vorgelegt. Die Weigerung des Bürgermeisters ward von dem Amte und von der Kreisregierung aufrecht erhalten. Durch die Niederlage vor beiden Behörden ließ sich Hr. Anwalt v. Rottsch nicht abhalten, für sich allein die Sache an das Gr. Ministerium des Innern zu bringen und dieses entschied gegen den Bürgermeister, das Amt und die Kreisregierung für die Vorlage der Wahlzettel. Bei Einsicht derselben zeigte sich, daß über zwanzig Nichtberechtigten für die Magistratspartei gestimmt hatten. Hierdurch stellt sich auch bei der niederstbesteuerten Klasse eine Mehrheit für die Liberalen heraus, und wir haben somit einen auf unrichtigen Wahlen beruhenden großen Ausschuss, kleinen Ausschuss und Gemeinderath. Es wird sich nun zeigen, wie sich die Sache bei Vornahme richtiger Wahlen gestaltet.

Stoßach, im März. Leider ist es nur zur Wahrheit, was die Rundschau in Nr. 17 berichtet, daß in dem hiesigen Lokaltalblatt sogar die Ankündigungen von Zwangsversteigerungen in den Tagesherold zu bewirken. Man ist hier sehr begierig auf die Entscheidung des Gr. Ministeriums des Innern über die Masse von Beschwerden, welche seit dem 2. Januar gegen die vielen Rechtsverletzungen, deren Gegenstand unser Lokaltalblatt ist, eingereicht worden sind, und man erwartet mit Spannung die Erledigung dieser Beschwerden, weil nicht nur der Geschäftsgang der Gemeindebehörden unter den Bedrückungen Noth leidet, sondern selbst der Rechtsgang dadurch gehemmt wird. Es läßt sich auch mit der gerechten in der jetzigen Zeit doppelt gebotenen Rücksicht auf die ärmere Klasse nicht vereinigen, daß man den armen Schuldnern, gegen welche Zwangsversteigerungen ergehen, größere Einrückungsgebühren aufladet, als sie früher zu bestreiten hatten, indem man die Bürgermeisterämter zwingt, die Ankündigungen in ein entfernteres Blatt zu senden, lediglich um diesem damit auf-

zuhelfen. Unerklärlich aber bleibt bei allen Vorgängen hinsichtlich der Censur des hiesigen Lokaltalblattes, daß nur die Ankündigungen des Bürgermeisteramtes Stoßach von ihrer Scheere verschont bleiben, während kein Bürgermeister vom Lande verschont bleibt und mit Recht fragt man sich, wie der Bürgermeister von Stoßach auf einmal dazu komme, zum Schoßkind der Censur erhoben zu werden. Sollte der Grund etwa darin liegen, daß seine Zwangsversteigerungen ohne politisch aufregenden Inhalt, jene vom Lande dagegen übertrieben radikal abgefaßt wären? Wenn uns die lange Verzögerung der Entscheidung auf die Censurbeschwerden von dem Werthe des Refusrechts keinen hohen Begriff geben kann, so haben wir auf der andern Seite den Trost, daß sich Ueberzeugungen nicht mit Gewalt aufdrängen lassen, ja daß diese gerade das Gegentheil von dem bezweckt, was man damit erreichen will. In allen Gemeinden unseres Amtsbezirks herrscht großer Unwille über die Bedrückung des hiesigen Lokaltalblattes und es ist ganz natürlich, daß die Menschen Alles, was ihnen aufgezungen werden soll, mit Mißtrauen ansehen.

Vom Rhein, 12. März. Von mehreren Seiten vernehmen wir, daß die Mittheilungen über den Theaterbrand in Karlsruhe von Seiten der badischen Censur stark beschränkt werden und daß eine Vervollständigung derselben nur durch ausländische Blätter zu bewirken sei. Es ist kaum anzunehmen, daß nur falsche Nachrichten unterdrückt werden, denn einmal können die Censoren außerhalb der Residenz hierüber kein Urtheil haben, und dann sollen auch Beispiele vom Gegentheil vorliegen. Bestätigt sich dies, und wir haben allen Grund es zu glauben, so zeigt sich wieder einmal die Censur als Unterdrückung der Wahrheit selbst in einer inländischen sehr traurigen Angelegenheit, wobei sich gar nicht denken läßt, welches Interesse durch ihr Streichen geschädigt oder gefördert werden soll. Herr Professor Eisenlohr hat nachgewiesen, daß die Verunglückten nicht durch das Beleuchtungsgas erstickt sein können, sondern durch den Rauch und die bei der Verbrennung der Vorhänge, des Bergs, Papiers und Holzes gebildeten Gase, und der Zweck dieser Verächtigung ist sowohl die Verhütung eines Unrechts, welches dadurch entsteht, daß man durch solche Erklärungen die Gasbeleuchtung in Mißcredit bringt, sodann die Verhütung fernern Leichtsinns. In der Abendzeitung von gestern ist ein Artikel über die Zustände des Odenwaldes mitgetheilt, welcher volle Beachtung von Seiten Derer verdient, die in der Lage sind, helfend einschreiten zu können. Die Bauern im Odenwalde, heißt es darin, bekommen in neuerer Zeit fast nichts Gedrucktes mehr zu lesen, als die Ankündigungen der Zwangsversteigerungen ihrer eigenen oder der Nachbarn Liegenschaften. Die Gerichte sind mit einer Masse von Schulklagen überhäuft, eine Menge von Diebstählen unter erschwerenden Umständen werden an den nothwendigsten Lebensmitteln begangen. Die Bettler, welche in den Dörfern nichts mehr finden, strömen in den Amtsstädten zusammen, darunter sogar viele schulpflichtige Kinder. Bei dem Armenwesen wird das einmüthige Zusammenwirken der Gemeindebehörden und der Bürger vermißt, obgleich für die Hauptaufgabe, dem arbeitsfähigen Armen gegen angemessenen Lohn Arbeit zu verschaffen, bei so vielem unangebauten Lande im Odenwald Gelegenheit



genug geboten ist. Viele Familien rüsten sich zur Auswanderung und in einzelnen Orten beabsichtigt die ganze Einwohnerchaft, jenseits des Oceans eine neue Heimath zu gründen. —

Karlsruhe, 11. März. Der in Nr. 1 der Rundschau d. J. besprochene Kreuzerverein veröffentlicht heute eine die letzten drei Monate umfassende Nachweisung seines Wirkens; wir ersehen aus dieser, daß er die ihm durch 59 Sammler sowohl in wöchentlichen als auch einzelnen größeren Beiträgen anvertrauten . . . . . 1,359 fl. 19 fr.

verwendet hat zu Unterstützungen in 999 Gaben, und zwar wurden vertheilt:

7855 Portionen Suppen (die Portion zu 2 Schoppen) à 2 u. 3 fr. . . . .	379 fl. 41 fr.
334 Port. Krankensuppen à 6 fr. 33 „ 24 „	
119 Port. Holz à 2 fl. mit Fuhrlohn . . . . .	247 „ 54 „
für Brod . . . . .	86 „ 59 „
in baarem Gelde . . . . .	307 „ 31 „
für Heizung des Sitzungslokals u. für die Sammelbüchlein . . . . .	14 „ 48 „
	1,070 „ 17 „

Es blieben also noch für den Reservefond 289 fl. 2 fr.

Die einzelnen Gaben vertheilen sich auf Unterstützungen von wöchentlich 21 Kreuzern für 7 Portionen Suppe, bis zu 12 Gulden in baarem Gelde. Geldgaben wurden namentlich zu Anschaffung von Arbeitsmaterial für bedrängte Handwerker gegeben, welche, so wie überhaupt verschämte Arme, der Verein, nach seinem ursprünglichen Zwecke, vorzugsweise im Auge hat.

Der Verein anerkennt dankend die Bereitwilligkeit, mit welcher ihm von allen Seiten Beiträge zur Verfolgung seines vorgesteckten Zieles gesendet wurden und hofft, vertrauend auf die stets mit dem besten Erfolge angesprochene Wohlthätigkeit der Einwohner Karlsruhes, auch ferner sein begonnenes Werk fortsetzen zu können, — da überdies jetzt wohl die Zeit gekommen sein dürfte, für welche der Reservefond aufgespart wurde.

In München fanden am Abend des 1. März Straßenunruhen statt, welche durch militärisches Einschreiten gedämpft wurden. Am Vormittag hatten gegen 200 Studierende einem der entlassenen Professoren, Herrn Lassaulx, ein Bivat gebracht, waren dann lärmend fortgezogen und nur dem Zureden einiger beliebigen Lehrer gewichen. Nachmittags zog wieder ein Haufe Studenten durch die Theresienstraße, eine Volksmenge sammelte sich, Eischollen wurden gegen ein dort befindliches Haus (die Wohnung der Sennora Lola Monte) geschleudert. Militär eilte herbei, die Masse zerstreute sich, ein Trupp zog in die Residenzstraße; Abends 7 Uhr wurden mehrere Fensterscheiben eingeworfen, erst gegen Mitternacht ward alles ruhig. Unter 26 Verhafteten sind 6 Studenten, meist Theologen. Am folgenden Tage wurden Vorsichtsmaßregeln getroffen und das Verbot der Zusammenrottungen durch Maueranschläge in Erinnerung gebracht. Die Macht der ultramontanen Partei in Bayern ist für den Augenblick gebrochen; die Outgesinnten geben sich frohen Hoffnungen

hin, sogar die Münchener politische Zeitung begrüßt mit dem 1. März „den Eintritt eines neuen Entwicklungsmomentes im bayerischen Staatsleben.“ Sie blickt auf die „ungeheure Bewegung“ auf allen Gebieten, der Kirche, des Staats, der Gewerbe, des Handels, der Kunst, der Wissenschaft und bemerkt, daß Niemand mehr aus der Welt fliehen und sich in die Klosterzelle vergraben wolle. Sie spricht für die Presse den Schutz, die Theilnahme und die Förderung von Seiten der Staatslenker an, die sie verdient und hofft, daß das neue Ministerium sich den Ruhm nicht rauben lassen werde, in der großen vaterländischen Angelegenheit einer gesetzmäßig zu ordnenden freien Presse im Vordergrunde zu wirken. Die allgemeine Zeitung dagegen scheint die Niederlage der finstern Partei in Bayern noch nicht für entschieden anzusehen, und mag wohl nicht Unrecht haben, da ihre Mittel, auf das Volk und auf die Regierung zu wirken, wovon der Straßentumult eine kleine Probe sein mag, nicht gering anzuschlagen und in der gegenwärtigen österlichen Zeit auf der Kanzel und im Reichstuhle besonders wirksam sind. Die allgemeine Zeitung sucht daher die Krone und ihre neuen Rathgeber gewissermaßen zu entschuldigen, indem nichts Verfassungswidriges von ihnen ausgegangen sei und bemüht sich auf der andern Seite, die Veröffentlichung des Memorandums, das somit als ächt bestätigt wird, als unverschuldet durch die Unterzeichner darzustellen. Sie erinnert endlich an Alles, was der König für München gethan und hofft, daß Diejenigen, „welche jetzt entzweit sind, die Hand sich bieten werden zum gemeinsamen Werke, dem fröhlichen Geheiß des Vaterlandes, über das nur ein paar flüchtige Stunden die Wolke hingezogen.“ So rettet die augsbürger Zeitung ihre Seele, es mag siegen wer da will. Im Interesse von Bayern, welches eine ehrenvolle und gewichtige Stellung unter den deutschen Staaten einnehmen kann, und im Interesse Deutschlands ist zu wünschen, daß die Mittel, welche die ultramontane Partei anwendet, um sich wieder zu erheben, eine freiere, constitutionelle Richtung im Staatsleben herbeiführen und befestigen möge.

#### Verschiedenes.

— Das Gr. hessische Regierungsblatt vom 4. März enthält eine Verordnung vom 19. Februar, in Betreff der Communistenvereine in der Schweiz. Hiernach wird allen hessischen Handwerksgefallen, welche sich dormalen in der Schweiz befanden, befohlen, dieses Land unverzüglich zu verlassen; das Reisen dahin und der Aufenthalt daselbst wird verboten. Wer dies Verbot übertritt soll bei der Rückkehr verhaftet, an den Kreis- oder Landrath abgeliefert und, wenn keine Gründe zur Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung vorliegen, zwei Jahre lang in seinem Heimathsorte unter polizeiliche Aufsicht gestellt werden; während dieser Zeit werden sie nicht als Meister aufgenommen und es wird ihnen kein Gewerhäpatent ertheilt. Ausländische Handwerksgefallen, welche sich seit 1. Januar 1844 in der Schweiz aufgehalten haben, sollen an der Grenze des Großherzogthums zurückgewiesen werden.

— Die Arbeiten der stehenden Brücke über die Weser in Rinteln, welche beinahe vollendet waren, sind auf Befehl der kurhessischen Regierung plötzlich eingestellt worden; es heißt, dies sei darum geschehen, weil der Stadtrath in



Rinteln an einer Adresse an den Abg Schwarzenberg theilgenommen habe.

— In Braunschweig sind Proklamationen, mit dem Namen des ehemaligen Herzogs Carl unterzeichnet, verbreitet worden, worin vor dem Ankauf von Domänen gewarnt wird und Drohungen gegen das Ministerium und den Herzog Wilhelm enthalten sind.

— In Baden sind die Ausgangszölle von 25 Prozent auf Lebensmittel nach den neueren Durchschnittspreisen erhöht worden.

— Das neue württembergische Anlehen von 11 (resp. 12) Millionen Gulden ist zu 4½ Prozent und zu 97½ mit den Bankhäusern Rothschild in Frankfurt und der Hofbank, Gebr. Benedikt und Stahl und Federer in Stuttgart abgeschlossen worden.

— Der Papst hat beschlossen: Alles Grundeigenthum des Staates und der Kirche auf die zweckmäßigste Weise bebauen zu lassen; den Besitzern der Campagna (einer ausgedehnten, nur als schlechte Weide benutzten Fläche) ist bedeutet worden, dasselbe zu thun, widrigenfalls die Regierung zum Besten des Staates diese Sorge übernehmen werde.

— Die hannöversche Kammer hat beschlossen, daß die Juden gleich allen übrigen Staatsbürgern ohne alle Beschränkung Grundeigenthum erwerben dürfen. Bisher war ihnen nur der Besitz eines Hauses und nicht über 1¼ Morgen Land gestattet.

— Die Süddeutsche Zeitung bemerkt, ihrer Natur getreu, in Betreff des Theaterbrandes in Karlsruhe: „Gerade heute sollte ein Ball in dem Museum stattfinden. Uebrigens hätte es keiner so ernstern Lection bedürfen sollen, um die hiesigen Vereine, das Museum, die Eintracht und wie sie alle heißen, daran zu erinnern, auf die kirchliche Zeit der Fasten, ja auf die Schicklichkeit und die Polizeiverordnungen mehr Rücksicht zu nehmen.“

— Die Entlassung des bayerischen Ministers v. Abel macht begreiflicher Weise der Süddeutschen großen Kummer. Sie fordert daher andere Minister auf, ebenfalls abzudanken, indem sie ihnen zuruft: „Gehet hin, ihr freisinnigen und gesinnungstüchtigen Gegner der Monarchie und der Kirche (!), gehet hin und thut desgleichen! — Voll Grimm über Lola Montez, empfiehlt sie dieselbe den Liberalen als Göttin der Vernunft und zur Besenkung mit einem Myrthenkranz. Die Süddeutsche spottet ihres Unglücks.“

— Nach einer Bekanntmachung der österreichischen Hofkammer können vom 1. März an Briefe nach den englisch-ostindischen Besitzungen und Schutzstaaten, nach China u. s. w. über Triest und Alexandrien gehen (früher gingen solche Briefe über England).

— Nach der allg. preussischen Zeitung werden die Verhandlungen des Vereinigten Landtags sofort vollständig im Druck erscheinen; die Namen der Redner werden also nicht verschwiegen werden; die Stadt Berlin will die Abgeordneten feierlich empfangen.

— Vor einigen Tagen — so berichten mehrere Blätter — brachte man dem in München wohnenden Bischof einen Fackelzug; der König erkundigte sich, ob viele Fackeln zugegen gewesen seien und als ihm dieses bejaht wurde, sagte er: Ist gut, ist gut, sie brauchen Licht, machen Dunkel genug.

— Zwischen Preußen und den Vereinigten Staaten ist ein Vertrag zu Stande gekommen, wonach Verbrecher, künf-

männische Betrüger (andere nicht?) u. s. w. ausgeliefert werden sollen. Es können hiernach nur noch ehrliche Leute nach Amerika auswandern; uneheliche müssen im Lande bleiben oder werden ihm auf Ansuchen zurückgeliefert.

— Zu dem Verbot an die hessen-darmstädtischen Handwerksburschen, nach der Schweiz zu reisen oder sich dort aufzuhalten, welches aus Besorgniß vor dem Communismus erlassen worden ist, bemerkt die Speyerer Zeitung, daß: 1) die Handwerker nicht um des Communismus willen in die Schweiz gehen, sondern weil sie dort Arbeit, besseren Lohn und Gelegenheit finden, sich in ihrem Gewerbe auszubilden; 2) daß die ohnehin große Zahl der brodlosen Arbeiter durch die Zurückberufung der in der Schweiz befindlichen Gewerksgehülfsen, ohne daß man ihnen zu Hause Arbeit verschafft, noch größer wird; 3) dieses Uebel wird noch ärger, indem man denen, welche nicht sogleich zurückkehren erschwert, ein Unterkommen zu finden; 4) die Verordnung hat sogar theilweise eine rückwirkende Kraft, indem sie an den Aufenthalt in der Schweiz vom Jahr 1844 an Nachteile knüpft.

— In Karlsruhe starb am Abend des 5. März der älteste badische Staatsminister Hr. Sigismund v. Reizenstein im Alter von 82 Jahren.

— Der unlängst erst verhaftete Dr. Meyen in Berlin ist von dem Criminalsenat wegen Majestätsbeleidigung zum Verlust der Nationalcockarde und zweijähriger Festungsstrafe verurtheilt worden. Das Verfahren war nicht öffentlich.

— Der Stadtrath und Bürgerausschuß von Fulda haben einstimmig beschlossen, die Mitglieder der Provinzialregierung in Anklagestand zu versetzen, weil sie in die Justizbarkeit der Gerichte eingegriffen hätten.

— Der Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Hannover und den Vereinigten Staaten stellt die hannöversche Flagge den am meisten begünstigten Nationen gleich und gestattet den hannöverschen Schiffen den Zwischenhandel; nur für den Küstenhandel bleiben die Beschränkungen bestehen. Dagegen setzt Hannover die Durchgangsabgaben von amerikanischen Erzeugnissen bedeutend herab; z. B. von Tabak, Thran und Reis von 48 auf 8 Pfennige vom Centner. Baumwolle geht zollfrei ein.

— An dem Unternehmen einer directen Dampfschiffahrt zwischen Newyork und Bremen hat sich dem Vernehmen nach die Stadt Frankfurt mit 10,000 Dollars theilhaftig.

— Wegen Absingen eines sogenannten politisch-gefährlichen Liedes in einer Bürgerversammlung zu Mainz waren gegen 300 Personen vor den Untersuchungsrichter geladen worden und doch hat man weder den Verfasser noch den Drucker ausmitteln können.

— Die Stände in Coburg haben die Aufhebung des Lotto beantragt, an dessen Stelle eine Einkommensteuer eingeführt werden soll.

— Professor Bruno Hildebrand in Marburg, der ausgezeichnete Lehrer der Staatswissenschaften, welcher vor Kurzem seines Amtes enthoben wurde, ist in eine Zelle des Schlosses in Untersuchungshaft gesetzt worden. Ihm droht Jordans Schicksal!

— Am 3. März fand in Darmstadt die erste Generalversammlung des Nationalvereins zum Schutze deutscher Auswanderung statt, wobei die Statuten berathen wurden.

Unter Verantwortlichkeit der Verlagsbandlung.